

Leserbriefe

Ihre Meinung ist uns wichtig! Senden Sie uns Ihre Fragen, Anregungen oder persönlichen Meinungen. Wir bemühen uns, so viele Leserbriefe unterzubringen, wie möglich. Wenn wir Leserbriefe kürzen, dann so, dass das Anliegen der Schreibenden gewahrt bleibt. Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.

„Die verheerenden Folgen der geduldeten Missachtung einer Grundgesetzbestimmung“ von Siegfried Wendt – Heft 02/2019

Nur wenige schaffen es die Finanzstruktur mutig als täuschungsreiche Privilegien-Anhäufung und Diebstahl darzustellen und eine Ersatzlösung klar und mutig zu benennen. Finanz-„Wissenschaftler“ haben meist ein mit Fremdwörtern vernebeltes Vokabular und sprechen wie Parteipolitiker – Ausnahme Sarah Wagenknecht – die wesentlichen Systemfehler im Finanzsystem erst gar nicht an.

Die Bemerkung eine Firma sollte nicht veräußerbar sein, ist für mich, der Nachfolge sucht und keinen Shareholder-Value-Kapitalisten in der Gesellschaft haben will, ein besonders interessanter Ansatz, übrigens auch schon von Wagenknecht erwähnt. Aber wer berät einen ungelerten Gesellschafter, wie man dies macht?

Alles gute Überlegungen, Lebensleistung – in Tabelle 2 dargestellt, noch nie gesehen und so klar. Warum bleibt dies alles in der Wunschliste? Wie wäre ein Systemwechsel zu gestalten? Und das Gehörtwerden, wenn daneben die verführerische Vernebelungsmaschine (zu Deutsch „Framing“) ständig läuft? Eigenes Denken, eine klare Sprache und Vernetzen sind ein erster Ansatz.

Hanno Wachernig, Diessen

Zu „Wunderinsel Barataria“ von Michael Stolleis

Zitat aus dem Text: „Noch eine Bemerkung zu Silvio Gesell und seinem Traum von der Abschaffung des Kapitalismus bei gleichzeitiger Erhaltung privater Interessenverfolgung: Vor dem Hintergrund einer geplatzten Spekulationsblase und dreister Bonuszahlungen aus den gerade zur Rettung der Banken überwiesenen Staatsmitteln drängt sich die Frage auf, ob es nicht sinnvoll wäre, die gefährliche Idee einer uferlosen Geldvermehrung ohne Anknüpfung an das reale Wirtschaftswachstum durch die ebenso närrisch erscheinende Idee des zinslosen Geldes zu ersetzen.“

Außerdem wird man nicht an der Frage vorbeikommen, worin das Motiv liegen könnte, Geld in größerem Umfang zu erwerben und altruistisch zu verleihen, wenn es nicht „arbeiten“, also keinen Zins abwerfen und dem Geldgeber nutzen soll. Schon die Einrichtung einer dauerhaften Stiftung, die von ihren Zinserträgen lebt, würde daran scheitern. Schließlich spricht alle historische Erfahrung gegen Zinsverbote...“.

Diese Sätze im ansonsten interessanten Artikel des Autors Michael Stolleis zeigen, dass er die Freiwirtschaft gründlich missverstanden hat.

Weder unterscheidet er Geld und Guthaben, noch versteht er den „Verleih-Anreiz“ von Freigeld, noch weiß er überhaupt, dass Freigeld kein Zinsverbot bedeutet, sondern einen Marktzins um 0 Prozent. Was daran gut sein soll, wenn Stiftungen auf ewig Leute für die Ziele lang verstorbener Stifter arbeiten lassen können, verstehe ich auch nicht! Ich arbeitete selbst mal in einem Projekt, das durch Gelder der Volkswagenstiftung finanziert war und somit abhängig von der Beurteilung durch eine Vermögensverwalterin dieser Stiftung. Der Kapitalstock der Stiftung stammt also praktisch noch aus Nazi-Deutschland.

Vlado Plaga, Dortmund

Zu „Der Geldumschlag – Die Alchimistin von Eindhoven“ von Andreas Bangemann – Heft 02/2019

Lieber Andreas, ich komme aus dem Schwärmen gar nicht mehr raus! Eben habe ich Friedrich Müller-Reißmann zu seiner so genialen „identitären Ideologie“-Aufarbeitung, mit der galanten Kurve zur Geldreform gratuliert. Und nun bist Du dran: Nicht nur Dein Editorial ist immer wieder interessant und erstaunlich neu und rund formuliert. Ich habe mir dieses Mal noch Deine „Kurzgeschichte“ reingezogen – eigentlich mehr neugierig Deinetwegen!

Ja, und seitdem frage ich mich: Wie ist es möglich, dass Du auch noch so ein psychologisch, emotionales, physiologisch, geistiges...Wunderwerk – nicht nur erdenken – sondern auch genial ausdrücken kannst? Und lässt mich nun allein mit Finn! Eigentlich müsste ich sauer auf Dich und Holly sein. Ja, eigentlich.

Barbara Krüger-Creutz

„Armut und soziale Gerechtigkeit“

Sehr geehrter Herr Bangemann,

ich habe eine Frage an Sie:

In den letzten Tagen habe ich einige Artikel aus dem Buch „Armut und soziale Gerechtigkeit in Deutschland“ gelesen, die mich irritieren. Vor allem stellt es die gängigen Auffassungen von Ungleichheit zum Teil in Frage.

In einem kurzen Artikel differenziert und widerlegt Judith Niehus zum Teil die These, wonach die Reallöhne nicht steigen und auch, dass Armut und Ungleichheit in den letzten Jahren zunehmen würden. Sie kommt zu den Ergebnissen, weil sie eine Migrantenstichprobe aus den Datensätzen herausrechnet.

Leserbriefe



Ist das denn so einfach zulässig? Bzw. was wären Gegenargumente? Ich bin leider nicht tief genug in die Materie drinnen und wollte Sie als Experten fragen. Vielleicht kennen Sie auch einen Autor, der dazu Stellung beziehen kann, also in Form eines Artikels in der Humanen Wirtschaft (die ich nach wie vor sehr gerne lese).

*Professor Armin Schachameier,
Berufsakademie Sachsen*

Antwort von Andreas Bangemann:

Sehr geehrter Herr Professor Schachameier,

vielen Dank für Ihre Frage.

Das Thema Ihrer Frage ist gewichtig, weil auf Basis der Armuts-Reichtums-Entwicklung, sowohl in Deutschland als auch weltweit, zunehmend politische Forderungen aus Kreisen der Bevölkerung und von Seiten namhafter Nichtregierungsorganisationen gestellt werden. Wenn OXFAM alljährlich die neuesten Statistiken dazu, direkt im zeitlichen Vorfeld des Weltwirtschaftsforums in Davos, veröffentlicht, greifen das die Medien dankend auf. Auch die jeweils veröffentlichten Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung kommen zu vergleichbaren Ergebnissen mit entsprechender Öffentlichkeitswirksamkeit. Politikerinnen und Politiker aus links einzuordnenden Kreisen stellen ihre Forderungen in der Folge Aufmerksamkeit erheischend heraus. Leider spielen dabei grundlegende Systemänderungen nahezu keine Rolle. Man fokussiert sich auf steuerliche Aspekte. Höhere Einkommenssteuern für Reiche, Vermögens- und Erbschaftssteuern sind die Lieblingsansatzpunkte.

Um derlei Forderungen abzuwehren, braucht es von Seiten Andersdenkender in Politik und Wirtschaft überzeugende Argumente. Die Tendenz, wonach es sowohl eine Zunahme von Geldvermögen per Saldo als auch eine Verbreiterung der Kluft zwischen Arm und Reich gibt, kann man nicht leugnen, weil das evident ist. Aus diesem Grund muss man sich auf die Berechnungsmodelle der Entwicklung beziehen. Hintergrund dafür ist der Glaube – oder das Weismachenwollen des Glaubens – an den sogenannten „Trickle-Down-Effekt“. Der besagt, dass eine Zunahme des „Wohlstands“ – de facto des materiellen Reichtums – der reichen Klasse automatisch zu einer Verbesserung des Wohlstands der armen Klassen führe. Frei nach dem Motto: Die Flut hebt alle Boote. Um das zu beweisen, braucht es die Kapriolen, die Frau Niehues effektiv vollzieht. Sie hinterfragt, ob der Befund der sogenannten Armut haltbar ist. Das mag seine Berechtigung haben, denn individuell fühlt sich Armut unweigerlich unterschiedlich an. Wenn man mit Argumenten verhindern will, dass es zu höheren Steuern kommt, deren Umverteilungswirkung

das weitere Steigen, die „Flut“, bedroht und damit den Armen eher Nach- als Vorteile bringt, dann ist diese armutsrelativierende „Strategie“ eine erfolgversprechende. Zumindest setzt sie argumentativ den Forderungen der Opposition etwas entgegen. Man schwört die Gefahr herauf, wonach eine Umverteilungspolitik gesamtgesellschaftlich bedrohlich ist. Da Menschen auf keinen Fall wollen, dass es ihnen in Zukunft (noch) schlechter geht, bremst man mit Hilfe von derlei Studien die Dynamik hinter den Forderungen aus oder erstickt sie gar im Keim. Der begrenzte Erfolg der Partei „Die Linken“ beweist das. Erst recht, wenn man noch dazurechnet, wie sich die „linke Volkspartei“ SPD in eine entwickelt hat, die weiter denn je von den Arbeitern und den Benachteiligten in der Gesellschaft entrückt ist.

Aus meiner Sicht, der ich mich für grundlegende strukturelle Reformen des Geldsystems und ausgesuchten Bereichen des Eigentumsrechts stark mache, würde sich eine Befassung mit den Argumenten von Frau Niehaus auf eine andere Ebene begeben. Es kann nicht um die Frage gehen, wer sich wie arm fühlt oder fühlen darf. Es muss um die Entwicklung als Ganzes, seine Ursachen und Wirkungen gehen. Dabei würde man sich zum Beispiel viel pointierter der Frage widmen, inwieweit es zu einer Marktwirtschaft passt, dass es darin systemisch verankerte Privilegien gibt, mit Hilfe derer sich die ohnehin Reichen kontinuierlich ohne eigene Leistung bereichern können. Für derlei grundlegende Änderungen gibt es keine öffentlich wahrnehmbare Lobby. Das hat politisch seine Erklärung – zum Teil – darin, dass es für Systemänderungslösungen und -ideen keinerlei Feindbilder braucht, ohne die hingegen „linke Politik“ nicht auskommt.

Ich hoffe, es ist mir gelungen, Ihnen ein wenig im Zusammenhang mit Ihrer „Irritierung“ zu helfen.

Bei Personen, wie Frau Niehues schaue ich mir im Rahmen der Befassung mit den Argumenten auch immer an, aus welchem Umfeld sie kommen. Das Institut der Deutschen Wirtschaft vertritt Interessen, denen man getrost absprechen kann, auf das Wohlergehen der Gesamtgesellschaft zu achten. Hinter derlei Studien baut sich ein „Despotismus der Logik“ auf, die aus Kreisen mächtiger Bewahrer von Pfründen voller Selbstbewusstsein vorgetragen wird. In Zeiten, in denen sich der Wind dreht und grundsätzliche Systemfragen auf den Tisch kommen, ist eine Betrachtung darüber, wie sich Armut für den Einzelnen anfühlt, im Rahmen einer neu zu gestaltenden Ordnung irrelevant. Die Verschiedenheit der Menschen ist ein hohes Gut. Sie zu benutzen, um damit Propaganda für ein „Weiter so!“ zu machen, ist verwerflich.

Andreas Bangemann, Wuppertal